

Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Oppeln.

Stück 18.

Ausgegeben Oppeln, den 3. Mai

1895.

Bekanntmachungen für die nächste Nummer sind spätestens bis Mittwoch Nachmittag 5 Uhr der Redaction zuzusenden.

Gesetz-Sammlung für die Königlich Preussischen Staaten.

363. Die Nummer 13 der Gesetz-Sammlung enthält unter

Nr. 9727 das Gesetz, betreffend die Verwaltung des Pfarrwitwen- und Waisenfonds und die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover, der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Schleswig-Holstein, der evangelischen Kirchengemeinschaften des Konsistorialbezirks Cassel, der evangelischen Kirche des Konsistorialbezirks Wiesbaden und der evangelisch-reformierten Kirche der Provinz Hannover. Vom 31sten März 1895; unter

Nr. 9728 das Kirchengesetz, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 31sten März 1895; unter

Nr. 9729 die Verordnung über das Inkrafttreten des Kirchengesetzes, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 31sten März 1895; und unter

Nr. 9730 das Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche in den neun älteren Provinzen vom 15ten Juli 1889 (Gesetz-Samml. S. 139). Vom 31sten März 1895.

364. Die Nummer 14 der Gesetz-Sammlung enthält unter

Nr. 9731 das Kirchengesetz, betreffend die Ordnung der Kindertaufe in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 5ten April 1895; und unter

Nr. 9732 das Kirchengesetz, betreffend die Ordnung der Konfirmation in der evangelisch-lutherischen Kirche der Provinz Hannover. Vom 5ten April 1895.

Bekanntmachungen der höchsten Staats-Behörden.

370. Revidirtes Reglement für die Provinzial-Irren-Anstalten von Schlesien.

I. Bestimmung der Anstalten.

§. 1. Die Irren-Anstalten des Provinzial-Verbandes von Schlesien sind öffentliche Krankenhäuser,

bestimmt zur Bewahrung, Kur und Pflege von Geisteskranken.

§. 2. In die Provinzial-Irren-Anstalten sind vorzugsweise aufzunehmen;

- a. hilfsbedürftige Geisteskranke für welche die Landarmen-Verbände der Provinz Schlesien und der Stadt Breslau nach dem Gesetze vom 11ten Juli 1891 (G. S. S. 800) Fürsorge zu treffen haben,
- b. die nach demselben Gesetze von den genannten Landarmen-Verbänden in Fürsorge zu nehmenden hilfsbedürftigen Idioten und Epileptischen, deren geistiger Zustand die Unterbringung in einer Irren-Anstalt erforderlich macht.

Soweit es der Raum gestattet, können ferner

- c. nicht hilfsbedürftige Kranke der unter a und b bezeichneten Kategorien aufgenommen werden. (Privatkranken).

§. 3. Außerden können aufgenommen werden:

- a. geisteskranke Personen des aktiven Soldatenstandes, insofern sie einem in der Provinz Schlesien garnisontrenden Truppenthelle angehören, unter den mit dem Königl. Kriegsministerium vereinbarten Bedingungen,
- b. Personen jeden Alters und Geschlechts behufs Feststellung ihres Geisteszustandes auf Ersuchen der zuständigen Behörden und der Vorsteher von schlesischen Strafanstalten unter den mit dem Königl. Justizministerium und dem Königl. Ministerium des Innern vereinbarten Bedingungen.

II. Verwaltung und Beaufsichtigung der Anstalten.

§. 4. Die Irren-Anstalten stehen als Provinzial-Anstalten unter der Verwaltung und Aufsicht des Provinzial-Ausschusses. Für jede kann gemäß §. 99 der Provinzial-Ordnung eine Provinzial-Commission unter dem Namen „Verwaltungs-Commission“ eingesetzt werden. Den Vorsitz in den Commissionen führt der Landeshauptmann.

Die Hausordnung wird vom Provinzial-Ausschuss erlassen.

Im Uebrigen wird die Zuständigkeit der Verwaltungs-Commissionen gemäß §. 99 der Provinzial-Ordnung durch Beschluß des Provinzial-Landtages festgestellt und unter Berücksichtigung dieser Beschlußfassung die Geschäftsführung der Verwaltungs-Com-

missionen durch eine vom Provinzial-Ausschuß zu erlassende Geschäftsordnung geregelt.

§. 5. Zur Wahrnehmung der Geschäfte der laufenden Verwaltung, sowie für die Vorbereitung der Vorlagen und für die Ausführung der Beschlüsse des Provinzial-Lantages und Provinzial-Ausschusses in Angelegenheiten. 1. Zugewiesen wird aus der Zahl der dem Landeshauptmann zuzurechnenden Oberbeamten auf Grund des §. 99 der Provinzial-Ordnung ein Commissar zur Wahrnehmung der Geschäfte des Landeshauptmanns bei der Verwaltung der Provinzial-Anstalten mit der, dem Landeshauptmann bei der Verwaltung dieses Geschäftszweiges zustehenden Competenz beauftragt, vorbehaltlich der Bestimmungen im §. 6. Die Commissare geschieht, durch den Provinzial-Ausschuss. Seine Stellvertretung in Abwesenheit und Behinderungen soll von Landesräthen ausgemittelt werden, soweit der letztere die Geschäftsführung im Abwesenheit des Commissars nicht selbst übernehmen will.

§. 6. Durch die Bestellung des Commissars wird an Freigemeinden, die aus ihren Verfassungen nicht Competent der zur die einzelnen Provinzial-Tribunale, eingetragenen Verwaltungsgeschäften nicht gehindert und die Zuständigkeit des Landeshauptmanns und seines Stellvertreters in keiner Weise ausgeschlossen, jedoch der Landeshauptmann oder sein Stellvertreter beauftragt bleibt, die Bearbeitung jeder einzelnen Sache in jedem Stadium des Geschäftsganges zu übernehmen.

Wird von der Weingärtner-Gesellschaft gemacht, so hat der Landesbrennwein den Commisſar von der getroffenen Verfügung in Kenntniß zu ſetzen und die Ausfertigung deſſelben ſelbſt zu unterzeichnen.

Die zur wirksamen Ausübung der ihm hiernach
aufstehenden Competenz erforderlichen geschäftlichen Formen
werden von dem Landeshauptmann gerichtet.

§. 7. Bei der Geschäftsführung des Commissars haben die gemäß §. 93 der Provinzial-Ordnung dem Landeshauptmann zugetheilten Oberbeamten nach näherer Bestimmung des Provinzial-Statuts (§. 8 der Provinzial-Ordnung) in gleichem Maße, wie dem Landeshauptmann gegenüber, Rechtshand mitzumachen.

und in welcher Fällen und in welchen arbeitsfähigen Formen der Beirath einzubolen und zu ertheilen ist, wird von dem Verordnungsgeber, geordnet.

§. 8. Die dritte Verwaltung jeder Anstalt wird vom ersten Zögling als Director geführt und regelt sich nach den vom Provinzialausschusse erlassenen Dienstvorschriften.

Die Direktoren müssen die geſeßliche Qualifikation zum Betriebe der ärztlichen Praxis und nützende Erfahrung in der Behandlung Geiſteskranker haben, ſie werden lebenslänglich angeſtellt und ſind die unmittelbaren Vorgesetzten aller Beamten der Anſtalt.

§. 9. Den Directoren können zur Versorgung der ärztlichen Verwaltung Gehilfen zugeordnet werden, welche die erforderliche Qualifikation zum Betriebe der ärztlichen Praxis haben müssen.

Die zur Besorgung der ökonomischen Verwaltung

erforderlichen Beamten werden nach Maßgabe des örtlichen Bedürfnisses in jeder Anstalt angestellt

Die Zahl der Hilfsärzte und der Verwaltungsbeamten wird vom Provinzial-Landtage durch den Etat bestimmt. Ihre Anstellung geschieht durch den Provinzial-Ausschuß und zwar die des Rentanten und des Controlanten auf Lebenszeit. Ihre Veranweisung wird durch den Provinzial-Ausschuß fassend lit.

§. 10. Die für die Besorgung des Hausvaterdienstes und der Seelsorge erforderlichen **Werkzeuge** werden von der Verwaltung **Gemäßenmäßig** **entgeltlich** und **unter** **Verpflichtung** und **Verantwortung** durch den betreffenden Vertrag gestellt.

Die Rechte der Provinzial-Beamten können ihnen nur durch den Provinzial-Landtag eingeräumt werden.

§. 11. Die für die Administration und für den
ökonomischen Betrieb erforderlichen Interbeamten-Personal
wird von dem Oberhauptmann zur Ründigung an-
geordnet. Die Anzahl desselben wird durch den Stat
bestimmt. Als dann schneidest du malternest der
-ne Dies Dienten derseidenen Weiden, sowohl solche
erforderlich sind, von dem Provinzial- und der
geheilt. Die uncorst und nicht vollständig-
des Landesrechte und Rechte, auch die Gütern und
Waldmöggen werden von dem Director angenommen
und entlassen, und dann nach der Einweisung

§. 12. Die sämtlichen Anstaltsbeamten, einschließlich der Directoren, haben, mit Ausnahme derjenigen, welche nicht in Gendarmenverhältniß stehen oder vertretungsmäßig für bestimmte Functionen bestellt sind, die Rechte und Pflichten der Provinzial-Beamten und finden die Bestimmungen des nach §. 196. der Provinzial-Ordnung erlassenen Reglements *) auf sie Anwendung.

§. 13. Bei der Provinzial-Irren-Anstalt zu Genua ist eine räumlich und ökonomisch getrennte Abtheilung zur Aufnahme von Pfortkranken (§§ 2 und 18) bestimmt. In dieselben können, soweit es der Raum gestattet, auch Ausländer aufgenommen werden.

§ 14. Bei den übrigen Provinzial-Genossenschaften findet ohne räumliche und ökonomische Trennung die Aufnahme von Verwaltern (SS. 2 und 1a) mit der Beschränkung statt, daß dadurch der Raum für Pflektlinge der Landarmen-Verbände (§ 2a und b) nicht beeinträchtigt wird.

Die Aufnahme von Personen, welche der Provinz
Schlesien nicht angehören, ist nur ausnahmsweise mit
Genehmigung des Landeshauptmanns zulässig.

III. Unterhaltung der Anstalten.

§. 15. Die Mittel zur Unterhaltung der Provinzial-Iren-Anstalten werden vom Provinzial-Verbande gewährt, soweit dieselben nicht gedeckt werden:

a. durch den Erlaß der Anstalten, in welche und der
eigenen Wirtschaft der Anstalten.

*) Reglement, betreffend die besondern diensthlichen Verhältnisse der Beamten des Provinzial-Verbandes von Schlessen vom 14ten März 1877 und Nachtrag zu demselben vom 18ten April 1891.

b. durch die für die Kranken gezahlten Pflegekosten,
c. durch etwa den Anstalten zugefallene Geschenke,
Verbindlichkeiten oder Stiftungen.

§. 16. Für die nach §. 2a und b angenommenen Personen sind die vollen Selbstkosten der Verpflegung einschließlich der allgemeinen Verwaltungskosten zu zahlen.

Die Kosten werden ihrem Jahresbetrage nach für alle Provinzial-Irren-Anstalten gleich hoch, vom Provinzial-Landtage, auf Grund der finanziellen Resultate festgestellt.

§. 17. Wirkt einer der nach §. 2a und b bezeichneten Kranken in der Anstalt, so erstattet der betreffende Landarmen-Verband die Kosten der von der Anstalt selbst bewirkten Verordnungen.

§. 18. Für Privatfranken (§. 2c) richtet sich die Vergütung nach dem jeweiligen, bei der Aufnahme des Kranken geschlossenen Abkommen; es muß jedoch die Vergütung den Selbstkosten der Verpflegung einschließlich der allgemeinen Verwaltungskosten gleich kommen.

Kann dieser Betrag ohne Gefährdung der wirtschaftlichen Existenz des Kranken oder seiner Familie nicht aufgebracht werden, so ist der Landeshauptmann befugt, die Pflegekosten auf einen abgemessenen, jedoch nicht unter 30 Mark jährlich festzusetzen.

IV. Aufnahme von Kranken.

§. 19. Die Aufnahme hilfsbedürftiger Kranken (§. 2a und b) erfolgt auf den Antrag des zuständigen Landarmen-Verbandes, welchem die Entscheidung über das Vorhandensein der Voraussetzungen des Gesetzes vom 11ten Juli 1891 obliegt.

Die Anträge sind an den Landeshauptmann zu richten, welcher über die Bewilligung der Kranken an die einzelnen Anstalten entscheidet. Bei concurrenzierenden Aufnahme-Anträgen haben die voranschicklich heilbaren Kranken den Vorrang, zunächst ist in der Regel die Reihenfolge der Anmeldung entscheidend.

§. 20. Als voranschicklich heilbar gelten Kranke, deren Leiden noch nicht länger als sechs Monate besteht, sofern nicht Gründe vorhanden sind, welche die Heilbarkeit ausschließen.

§. 21. Der Antrag auf Aufnahme aktiver Militärpersonen (§. 2f) erfolgt durch das General-Kommando unter Beifügung eines Rationals des Kranken und des die Aufnahme in eine Irren-Anstalt begründenden Gutachtens eines Militärarztes.

Bei Anträgen zur Feststellung des Geisteszustandes Seitens der Gerichte oder Staatsverwaltungs-Behörden steht die Beifügung des betreffenden Gerichtsbeschlusses oder, bei bereits in Strafhaft befindlichen Individuen das Gutachten des Gefängnis- oder Strafanstaltsarztes.

§. 22. Die Aufnahme von Privatfranken (§. 2c) bedarf in allen Fällen der Genehmigung der Ortspolizeibehörde des Wohn- oder Aufenthaltsortes des Kranken und der Zustimmung derjenigen Personen,

welche nach dem Gesetze befugt sind, über die Person und den Aufenthalt des Kranken zu verfügen.

§. 23. Von jeder Aufnahme eines hilfsbedürftigen Kranken (§. 2) sowie der Privatfranken ist vom Landeshauptmann dem Kreise und soweit es vorzuziehen, dem zuständigen Staatsanwalt Anzeige zu machen.

V. Behandlung der Kranken.

§. 24. Die Behandlung und Beschäftigung der Geisteskranken in den Anstalten geschieht lediglich nach medizinischen Grundsätzen. Der Anstaltspflege steht die Familienpflege gleich, sofern sie unter Leitung und Kontrolle der vom Provinzial-Landtage bestellten Provinzial-Irren-Anstalt stattfindet.

So lange ein Kranker nicht ordnungsmäßig entlassen ist, kann er zwangsweise in der Anstalt zurückgehalten und im Falle der Besserung in die Anstalt zurückgebracht werden.

Die Anwendung körperlicher Zwangsmittel ist nur mit Vorwissen des Anstaltsleiters gestattet. Derselbe kann die Kranken nach seinem Ermessen zu einer ihren Kräften und ihrem Bildungsgrade entsprechenden Beschäftigung anhalten.

Der Betrag der Arbeit gehört der Familie. Nachahoren sind nur bei Privatfranken zulässig, die mindestens 1000 Mark Jahrespension zahlen.

§. 25. Hilfsbedürftige Kranke (§. 2a und b) sind in der untersten Verpflegungsklasse, andere Kranke in derjenigen zu verpflegen, für welche die Pflegegelder gezahlt werden; der Landeshauptmann ist jedoch befugt auf den Antrag des Anstalts-Directors die Versetzung eines Kranken in eine höhere Verpflegungsklasse oder seine Ueberführung aus einer Anstalt in die andere zu gestatten, wenn dies aus ärztlichen Gründen geboten erscheint.

§. 26. Im Uebrigen werden die näheren Bestimmungen über die Behandlung der Kranken durch die Landesordnung der Anstalt und die Dienstvorschriften der Beamten getroffen.

VI. Entlassung der Kranken.

§. 27. Die Entlassung der Kranken erfolgt:

- 1) bei hilfsbedürftigen Kranken (§. 2a und b) auf den Antrag des Landarmen-Verbandes, welcher die Aufnahme bewirkt hat;
- 2) bei Personen des Soldatenstandes auf den Antrag der Militärbehörde;
- 3) bei Personen, welche sich auf Antrag der Justiz oder Allgemeinen Staats-Ansicht zur Feststellung ihres Geisteszustandes in der Anstalt befinden, sobald der Zweck erreicht ist, spätestens nach dem Ablaufe von 6 Monaten;
- 4) bei Personen, deren Entlassung gerichtlich abgelehnt oder rechtskräftig aufgehoben ist, nachdem die Ablehnung oder Aufhebung dem Director der Anstalt bekannt geworden ist.

In den Fällen unter Nr. 1 hat der Ortsarmenverband, welcher die Fürsorge innehat und der endgültig verpflichtete Ortsarmenverband, in den Fällen unter Nr. 2, 3 und 4 diejenige Behörde oder Person,

person, welche die Entlassung bewirkt hat, für die Abholung des Entlassenen Sorge zu tragen. Geschieht dies nicht, so kann der Entlassene diesem Armenverbande, der Behörde oder Privatperson auf deren Kosten zugesührt werden.

§. 28. Privatranke (§. 2c) werden nach Maßgabe des über die Aufnahme geschlossenen Abkommens entlassen, doch dürfen Genesene oder Gesunde wider ihren Willen nicht in der Anstalt behalten werden.

Privatranke, für welche die vereinbarten Pflegekosten nicht gezahlt werden, sind zu entlassen oder der Ortspolizeibehörde zu überweisen.

§. 29. Von der endgültigen Entlassung des im §. 2a-c bezeichneten Kranken ist dem Kreise und dem zuständigen Staatsanwalt Anzeige zu machen. (§. 23)

§. 30. Eine versuchsweise Entlassung kann nur im Einvernehmen mit derjenigen Behörde oder Privatperson, welche die Aufnahme des Kranken veranlaßt hat, erfolgen.

§. 31. Dieses Reglement tritt mit dem 1sten April 1895 in Kraft.

Für diejenigen Kranken aber, welche am 1sten April 1895 bereits in eine Irren-Anstalt aufgenommen sind, finden bis zu ihrer Entlassung aus derselben, die Vorschriften des Reglements vom 12ten August 1891 über die Verpflegungskosten (§. 4) und über die Entlassung (§. 11.) auch weiter Anwendung; im Uebrigen werden dieses Reglement und der Nachtrag vom 20sten Mai 1893 aufgehoben.

§. 32. Die Bestimmungen des Provinzial-Landtages vom 13ten October 1873, betreffend die Uebernahme der für die ärztliche Untersuchung Geisteskranker und deren Transport in die Provinzial-Irren-Anstalt entstandenen Kosten auf die Provinz, die Bestimmungen des Provinzial-Landtages vom 19ten April 1882 über die für die Bewachung Geisteskranker von der Provinz zu zahlenden Vergütungen und der Tarif für die von der Irren-Verwaltung für die Ueberführung von Kranken in die Irren-Heilanstalt zu ersattenden Transportkosten, werden aufgehoben.

Breslau, den 8. März 1895.

Der Provinzial-Landtag der Provinz Schlesien.
von Seydewitz.

Das vorstehende revolidirte Reglement für die Provinzial-Irren-Anstalten von Schlesien vom 8ten März 1895 wird auf Grund des §. 120 der Provinzialordnung vom 29sten Juni 1875 hierdurch genehmigt.

22ten März 1881

Berlin, den 10. April 1895.

(L. S.)

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

Der Minister des Innern.

In Vertretung

In Vertretung

Im Auftrage Bartsch.

Braunbehrs.

Genehmigung.

M. d. g. v. An. M. 2748

M. d. g. v. B. 3523.

374. Das Preussische Staatsschuldbuch ist auch in dem soeben abgelaufenen Geschäftsjahre seitens der Besitzer von Schuldverschreibungen der consolidirten Staatsanleihen lebhaft in Anspruch genommen worden.

Die Zahl der eingetragenen Konten betrug am 31sten März

1893: 14295 über 848777050 Mark Kapital

1894: 15897 „ 949412450 Mark „

sie ist bis zum 31sten März 1895 auf

16998 über 994816600 Mark Kapital

gestiegen.

Von den letztgedachten Konten entfallen 84,5% auf Kapitalien bis zu 50000 Mark und 15,5% auf größere Kapitalsanlagen.

Für physische Personen waren am 31sten März d. Js., 11284 Konten über 480689300 Mark, für juristische Personen 2717 Konten über 818179850 Mark eingetragen. Die Zahl der Konten über bevormundete oder in Pflegschaft stehende Personen ist im letzten Jahre von 1022 auf 1128 gestiegen.

Von den Zinsen ließen sich die Empfangsberechtigten halbjährlich 9693 Posten von der Staatsschulden-Tilgungskasse in Berlin durch Werthbrief oder Postanweisung direct zuzenden, 2399 Posten wurden durch Gutschrift auf Reichsbank-Girokonto berichtet und 8514 Posten wurden bei den mit der Auszahlung beauftragten königlichen Kassen abgehoben.

Von den Konteninhabern wohnen 14406 in Preußen, 2371 in anderen Staaten Deutschlands, 172 in den übrigen Staaten Europas, 18 in Asien, 7 in Afrika und 24 in Amerika.

Das Staatsschuldbuch ist allen denjenigen Besitzern Preussischen Konsols zu empfehlen, für welche diese Papiere eine dauernde Anlage bilden, und welche Kapital und Zinsen gegen den Schaden unbedingt sichern wollen, der ihnen, so lange ihr Recht von dem jeweiligen Besitze der Schuldverschreibungen und Zinscheine abhängig ist, durch Diebstahl, Verbrennen oder sonstiges Abhandenkommen dieser Effekten nicht selten entsteht.

Außerdem die Verwaltungskosten werden von den Konteninhabern nicht erhoben. Für jede Einschrift ist ein einmaliger Betrag von 25 Pfennig für jede empfangene 1000 Mark des Kapitalbetrages, über welchen verfügt wird, (mindestens 1 Mark) zu zahlen.

Die von uns veröffentlichten „Ämlichen Nachrichten über das Preussische Staatsschuldbuch“, welche über Zweck und Einrichtung des Schuldbuches Genaueres ergeben, können durch jede Buchhandlung oder direkt von dem Verleger J. Guttentag Berlin für den Preis von 40 Pfennig oder durch die Post frei 45 Pfennig bezogen werden.

Berlin, den 10. April 1895.

Hauptverwaltung der Staatsschulden.

von Hoffmann.

379. Auf ihren Bericht vom 17ten März 1895 will Ich dem Kreise Loth-Gleiwitz im Regierungsbezirk Oppeln, welcher eine Chaussee von dem End-

punkte der Chaussee Wschyschowka—Laband bei Laband; Station der Eisenbahnlinie Olewig—Rosel, über Roslow, Lona—Lanz nach Kleverstaedel erbaut hat, das Enteignungsrecht für die zu dieser Chaussee erforderlichen Grundstücke, sowie gegen Uebernahme der künftigen Chausseemäßigen Unterhaltung der Straße das Recht zur Erhebung des Chausseegeldes nach den Bestimmungen des Chausseegeldtarifs vom 29. Februar 1840 (Ges. S. S. 94 ff.) einschließlic der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen, die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften — vorbehaltlich der Abänderung der sämmtlichen vorausgeführten Bestimmungen — verleihen. Auch sollen die dem Chausseegeldtarife vom 29sten Februar 1840 angehängten Bestimmungen wegen der Chausseepolizeivergehen auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen.

Berlin, den 25. März 1895.

gez. Wilhelm. R.

gegengez. Thielen.

An den Minister der öffentlichen Arbeiten.

378. **Ausführungs-Vorschrift**

zum

Gesetz vom 11ten Juli 1891 (Gesetz-Sammlung S. 800)

vom 8ten März 1895.
11ten April

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Der Landarmenverband der Provinz Schlesien genügt der ihm durch das Gesetz vom 11ten Juli 1891 auferlegten Pflicht, für Bewahrung, Kur und Pflege von hilfsbedürftigen Geisteskranken, Idioten, Epileptischen, Taubstummen und Blinden, soweit dieselben der Anstaltspflege bedürfen, Fürsorge zu treffen durch Unterbringung der Kranken:

- a in die Anstalten des Landarmenverbandes der Provinz Schlesien,
- b. in die Irrenanstalten des Provinzialverbandes von Schlesien,
- c in andere geeignete öffentliche oder Privatanstalten.

Die Unterbringung in die Provinzial-Irrenanstalten (zu b) erfolgt nach Maßgabe des für diese geltenden Reglements; die Unterbringung in die zu c bezeichneten Anstalten wird durch Verträge geregelt, welche der Genehmigung des Provinzial-Ausschusses bedürfen.

§ 2. Als anstaltspflegebedürftig gilt im Allgemeinen derjenige, welcher sich in einem solchen geistigen oder körperlichen Zustande befindet, daß er der beständigen Beobachtung, Wartung und Pflege bedarf.

Idiotische oder epileptische Kinder gelten auch dann als anstaltspflegebedürftig, wenn sie bildungsfähig sind, aber voraussichtlich nur in einer Anstalt bis zur Erwerbsfähigkeit herangebildet werden können.

Als anstaltspflegebedürftig gelten ferner in der Regel Geisteskranke, bei denen die Krankheit nicht länger als sechs Monate besteht und Gründe, welche die Heilbarkeit ausschließen, nicht vorliegen.

Als hilfsbedürftig gilt im Allgemeinen derjenige, für welchen die an sich nothwendige Anstaltspflege nicht oder nur theilweise aus seinem Vermögen oder durch die zu seiner Unterstützung verpflichteten Angehörigen bezahlt werden kann.

Aufnahme.

§ 3. Das Gesuch um Aufnahme eines hilfsbedürftigen Kranken ist von dem Ortsarmenverbande, der die Fürsorge eingeleitet hat, an den Landarmenverband zu richten und in Landkreisen durch Vermittelung des Kreis-Ausschusses einzureichen.

In dringenden Fällen, insbesondere wenn es sich um einen Geisteskranken handelt, kann das Aufnahmegesuch unmittelbar beim Landarmenverband eingereicht werden. Eine Abschrift des Gesuchs ist in solchen Fällen gleichzeitig dem Kreis-Ausschuß vorzulegen.

Fehlt der Antrag eines Ortsarmenverbandes, so kann die vorläufige Aufnahme eines Kranken erfolgen, wenn die Ortspolizeibehörde oder der Landrath dieselbe beantragt und bescheinigt, daß für den Kranken in seiner hilflosen Lage nicht ausreichend gesorgt wird, ein sofortiges Aufnahmegesuch aber von dem fürsorgepflichtigen Ortsarmenverbande nicht zu erlangen ist.

§ 4. In jedem Gesuche um Aufnahme müssen das Leiden und die Ursachen der Hilfsbedürftigkeit des Aufzunehmenden bezeichnet sein.

Dem Gesuche sind beizufügen:

- 1) eine von dem Ortsarmenverbande, welche die Fürsorge eingeleitet hat, ausgenommene Verhandlung über die Heimaths-, Familien- und Aufenthaltsverhältnisse des Hilfsbedürftigen.
Die Verhandlung ist mit dem Hilfsbedürftigen, und wenn derselbe handlungsunfähig ist, mit seinem gesetzlichen Vertreter aufzunehmen und hinsichtlich der Aufenthaltsverhältnisse darauf zu richten, daß sie ergreift, welcher Armenverband der endgültig verpflichtete ist;
- 2) die Erklärung des Hilfsbedürftigen oder dessen gesetzlichen Vertreters, daß die Unterbringung in einer Anstalt genehmigt wird;
- 3) eine amtliche Erklärung des zu 1 erwähnten Ortsarmenverbandes über die Heimaths-, Familien- und Aufenthaltsverhältnisse des Hilfsbedürftigen, sowie unter Darlegung der Vermögensverhältnisse desselben und seiner unterstützungspflichtigen Verwandten eine Bescheinigung über die Hilfsbedürftigkeit;
- 4) die Geburtsurkunde und der Impfschein und, falls der Aufzunehmende 12 oder mehr Jahre alt ist, der Schein über die erfolgte Wiederimpfung;
- 5) eine von dem Kreisphysikus, dem angeordneten Arznenarzte oder einem anderen approbirten Arzte verfaßte eingehende Beschreibung des Leidens und seiner Ursachen nebst Gutachten dahin, daß und aus welchen Gründen der Aufzunehmende der Anstaltspflege bedürftig ist.

Für die Urkunden zu 1, 3 und 5 können vom Landarmenverbande Formulare vorgezeichnet werden;

In dringenden Fällen, oder wenn die Verbringung einzelner der oben erwähnten Urkunden nicht möglich oder besonders erschwert ist, kann durch den Landarmenverband von der Einlieferung dieser Urkunden Abstand genommen werden, sofern über die Verpflichtung des Landarmenverbandes zur Unterbringung kein Zweifel besteht.

§ 5. Auf Grund der eingereichten Urkunden entscheidet der Landarmenverband über die beantragte Unterbringung und bestimmt die Anstalt, in welcher dieselbe zu erfolgen hat.

§ 6. Die Entlassung wird durch den Ortsarmenverband, in Fällen des § 3 Abs. 3 durch die Ortspolizeibehörde oder den Landrath veranlaßt.

§ 7. Erfolgt die Entlassung nicht binnen eines Monats nach der Gläuberung, so kann die Aufnahme von Anew Erneuerung der Unterlagen des Schutzes abhängig gemacht werden.

Beitritt der Aufnahme an einer ansteckenden Krankheit oder Herbeiführen an dem zeitweiligen Aufenthaltsorte des Aufnahmehabenden epidemische Krankheiten, so ist die Entlassung solange auszusetzen, bis die Gefahr der Einschleppung der Krankheit in die Anstalt ausgeschlossen ist.

§ 8. Jeder Kranke muß in reinlichem Zustande eingeliefert werden.

Ob und welche Gegenstände dabei bei seiner Entlassung mitzubringen hat, darüber steht im Einzelfalle dem Landarmenverbande die Bestimmung zugewiesen, letzterer von dem ausstattungspflichtigen Ortsarmenverbande anstatt bestimmter Ausstattungsstücke die Zahlung eines bestimmten Geldbetrages vorzulegen. Doch darf der Werth der Ausstattung und die an Stelle derselben zu zahlende Geldsumme den Betrag von 150 Mark nicht überschreiten.

§ 9. Die Entlassung darf, abgesehen von dringenden Fällen, nur an Wochentagen in den Geschäftskunden der betreffenden Anstalt erfolgen und muß vorher der Anstaltsleitung angezeigt werden.

§ 10. Von der Aufnahme eines Kranken in eine Anstalt ist seitens des Landarmenverbandes dem Kreise und, soweit es vorgeschrieben ist, dem zuständigen Staatsanwalt Kenntniß zu geben.

Behandlung und Beschäftigung der Kranken.

§ 11. Für die Kranken in den Anstalten des Landarmenverbandes gelten folgende Grundsätze:

- 1) die Behandlung und Beschäftigung der Kranken ist so zu gestalten, daß die Kranken körperlich kräftigt, geistig erweckt und möglichst zur Erwerbsfähigkeit herangebildet werden;
- 2) nach Anordnung des Anstaltsleiters und, wenn dieser kein Arzt ist, nur unter Zustimmung des Anstaltsarztes, können körperliche Zwangsmittel angewendet werden;
- 3) eine Bewilligung der Kranken durch den Anstaltsleiter ist, wenn letzterer nicht selbst Arzt ist, nur mit Zustimmung des Anstaltsarztes dann zulässig,

wenn feststeht, daß für die Kranken außerhalb der Anstalt genügend gesorgt ist.

Für die in anderen Anstalten (§ 1b und c) untergebrachten Kranken sind die Statuten und Reglements dieser Anstalten maßgebend.

§ 12. Der Antrag der Aufnahme eines Kranken gehört der Anstalt, in welcher er untergebracht ist.

§ 13. Solange ein Kranker nicht ordnungsmäßig entlassen ist, kann er gezwungen werden, in der Anstalt zu bleiben und, im Falle seiner Entweichung, dorthin zurückgebracht werden.

§ 14. Dem Landarmenverbande steht das Recht zu, einen Kranken, wenn es sich als notwendig oder zweckmäßig herausstellt, nach einer anderen Anstalt zu überführen.

Entlassung.

§ 15. Die Entlassung eines Kranken erfolgt auf Anordnung des Landarmenverbandes. Derselbe ist jedoch berechtigt, diese Bestimmung allgemein oder in gewissem Umfange auf die betreffende Anstaltsdirektion zu übertragen.

Die Entlassung muß erfolgen, wenn oder Kranks oder dessen gesetzlicher Vertreter sie im Einverständniß mit dem unterstützungspflichtigen Ortsarmenverbande verlangt und die Ortspolizeibehörde nicht widerspricht. Fehlt das Einverständniß des Ortsarmenverbandes, so kann die Entlassung von dem Nachweise abhängig gemacht werden, daß für die Beflegung anderweitig gesorgt wird. Die Bestimmung dieses Nachweises steht dem Landarmenverbande zu.

Die Entlassung kann außerdem stets dann erfolgen, wenn die Anstaltspflege nicht ferner erforderlich ist oder sonst die Bedingungen der Aufnahme nicht mehr vorliegen. Verfassung und Verwaltung der dem Landarmenverbande gehörigen Anstalten.

§ 16. Die obere Leitung der Anstalten wird nach Maßgabe des Reglements, betreffend die Verwaltung des Landarmen- und Gortendenwesens in dem Landarmenverbande der Provinz Schlesien von dem Provinzial-Ausschuß und dem Landeshaupmann geführt.

Stellende Verwaltung.

§ 17. Die örtliche Verwaltung der Anstalten wird unter der Bezeichnung: Direktion der Provinzial-, Kreis- und Pflegestellen zu, von einem Vorsteher geführt, der von dem Provinzial-Ausschuß auf Lebenszeit ernannt wird.

Der Landeshauptmann ist der unmittelbare Vorgesetzte des Anstaltsvorstehers. Dieser ist der Vorgesetzte aller übrigen Anstaltsbeamten.

§ 18. Die ärztliche Thätigkeit an den Anstalten des Landarmenverbandes darf nur durch approbirt e Ärzte ausgeübt werden, welche genügende Erfahrung in der Behandlung Geisteskranker haben. Dieselben werden an der Anstalt angestellt oder vertragsmäßig im Nebenamt beschäftigt.

§ 19. Die für den Anstaltsbetrieb erforderlichen Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen und Kinderärztinnen

werden vom Landarmenverband an der Anstalt angestellt oder vertragmäßig im Nebenamt beschäftigt.

Die mit der Ertheilung des elementaren Unterrichts betrauten Lehrer und Lehrlinge sollen die Befähigung zur Ausübung des Lehramts in der öffentlichen Volksschule besitzen.

§ 20. Die zur Versorgung der ökonomischen Verwaltung und im Bureaudienste erforderlichen Beamten werden nach Maßgabe des örtlichen Bedürfnisses bei jeder Anstalt angestellt.

§ 21. Die Zahl der Ärzte, Lehrer und Verwaltungsbeamten wird von dem Provinzial-Landtage durch den Etat festgestellt. Ihre Anstellung erfolgt, soweit sie nicht bloß vertragmäßig angenommen sind, durch den Landarmenverband auf Kündigung oder durch den Provinzial-Ausschuß auf Lebenszeit.

§ 22. Das für die Pflege und Aufsicht, wie den ökonomischen und Arbeitsbereich erforderliche Unterbeamten-Personal wird von dem Landarmen-Verbande nach Maßgabe des Etats auf Kündigung angestellt.

Die Dienstleistungen, soweit solche nöthig sind, werden von dem Landarmenverbande erlassen.

Das erforderliche Gefinde wird von dem Anstaltsleiter angenommen und entlassen.

§ 23. Die sämtlichen Anstaltsbeamten haben, mit Ausnahme derjenigen, welche vertragmäßig für bestimmte Dienstleistungen angenommen sind, oder welche lediglich im Nebenverhältnis stehen, die Rechte und Pflichten der Provinzialbeamten, und es finden auf dieselben die §§ 95, 97, 98 der Provinzial-Ordnung, sowie die Bestimmungen des Reglements über die besonderen dienstlichen Verhältnisse der Beamten des Provinzial-Verbandes von Schießen vom 14ten März 1877 Anwendung.

Den vertragmäßig für bestimmte Dienstleistungen angenommenen Personen können die Rechte der Provinzialbeamten nur durch den Provinzial-Landtag verlihen werden.

§ 24. In den dem Landarmenverbande gehörigen Anstalten können, soweit es der Raum gestattet, auch nicht hilfsbedürftige Kranke Aufnahme finden, sofern sie im Uebrigen den Aufnahmebedingungen genügen. Die für solche Kranke zu zahlenden Pflegekosten werden vom Landarmenverbande festgesetzt, sollen indessen nicht weniger als 69 Pfennige täglich betragen (§ 25).

Auf Antrag anderer Landarmenverbände können Kranke gegen Erstattung der vollen Selbstkosten nach einem vom Provinzial-Ausschuß zu bestimmenden Satz in die Anstalten aufgenommen werden.

Ferner können in den Anstalten auch landarme sächsische Personen untergebracht werden.

Kosten.

§ 25. Soweit es sich um solche Hilfsbedürftige handelt, die im Bezirke des Landarmenverbandes der Provinz Sachsen ihren Unterhaltungswohnsitz haben, sind dem Landarmenverbande von dem bezüglichen verpflichteten Ortsarmenverbände die Pflegekosten mit 69 Pfennigen täglich zu erstatten.

Dem ebenfalls verpflichteten Ortsarmenverbände fallen auch die Kosten der Entlieferung, Beurlaubung, Entlassung, sowie die Kosten der Uebernahme eines Hilfsbedürftigen von einem anderen Landarmenverbände zur Last.

Die Kostenersatzung erfolgt durch Vermittelung des Kreises.

Die Kosten für eine von dem Landarmenverbande ausgesandte Verlegung aus einer Anstalt in eine andere trägt der Landarmenverband.

§ 26. Ortsarmenverbänden, welche den ihnen nach §§ 8 und 25 obliegenden Verpflichtungen, zu genügen unvermögend sind, können dieselben ganz oder im Theile der Beihilfe erlassen werden (§ 26 Abs. 1 des vom 8ten März 1871).

Die nach § 81a Abs. 1 Gesetz vom 11ten Juli 1891 den Kreisen obliegende Beihilfepflicht wird durch einen solchen Erlass nicht berührt.

§ 27. Besteht das Urtheil, wegen dessen die Anstaltspflege erforderlich ist, noch nicht sechs Monate und sind Gründe, welche die Heilbarkeit ausschließen, nicht vorhanden, so ist der Landarmenverband befugt, auf die Dauer von sechs Monaten von der im § 25 normirten Kostenersatzung Abstand zu nehmen.

Sind nach Ablauf dieses Zeitraumes noch Aussichten auf Heilung oder auf eine die Anstaltspflege entbehrlich machende Besserung vorhanden, so kann für einen weiteren Zeitraum bis zu sechs Monaten von der Kostenersatzung Abstand genommen werden.

In Fällen dieser Art können dem Ortsarmenverbande auch die Kosten der ärztlichen Untersuchung und der Entlieferung des Kranken, soweit dieselben nach dem Ermessen des Landarmenverbandes nöthig waren, erstattet werden.

Wartegelder.

§ 28. Kann einem als heilrätig befundenen Aufnahmegesuch wegen Raumangel nicht alsbald stattgegeben werden, so werden dem Ortsarmenverbande, welcher die Fürsorge eingelegt hat, die ihm durch die vorläufige Unterbringung oder durch die Bewachung des Kranken entstandenen Kosten, soweit sie angemessen sind, höchstens aber bis zum Betrage von 2 Mark täglich vom Landarmenverbande vergütet.

Die Vergütung beginnt mit dem zehnten Tage nach dem Eingang des Aufnahmegesuchs.

§ 29. Diese Ausführungsvorschrift tritt mit dem 1. April 1895 in Kraft; das Reglement vom 20sten Mai 1893 wird von demselben Tage ab aufgehoben.

Breslau, den 8. März 1895.

Der Provinzial-Landtag der Provinz Sachsen.
Dr. von Seydewitz.

Vorstehende Ausführungsvorschrift wird hiermit auf Grund des § 120 der Provinzialordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 29ten Juni 1875

22sten März 1881

und des Artikels I § 31 b des Gesetzes vom 11ten
Juli 1891 (G.-G. S. 300) genehmigt.
Berlin, den 11. April 1895.

L. S.
Der Minister der geistlichen, Der Minister des Innern.
Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. In Vertretung:
Braunbehrns.

Im Auftrage:
Bartsch.

Genehmigung.

M. d. g. A. M. 2942.

M. d. J. I. B. 8249.

885. R i s t e

der im Laufe des Etatsjahres 1894/95 der Kontrolle
der Staatspapiere als aufgerufen und gerichtlich für
kräftlos erklärt nachgewiesenen Staats- und Reichs-
Schuldschulden.

I. Staatschuldscheine von 1842.

Lit. G. Nr. 43121 über 50 Thlr.

" H. " 49467 " 25 "

" H. " 48229 " 25 "

II. Staats-Prämien-Anleihe von 1855.

Serie 839 Nr. 83862 über 100 Thlr.

" 966 " 96525 " 100 "

" 1447 " 144606 " 100 "

III. Preussische Ruchelsche Prämien-Anleihe von 1845.

Serie 3269 Nr. 81712 II. Abtheilung über 20

Thaler,

Serie 4683 Nr. 117089 über 40 Thlr.

IV. 3 1/2-prozentige Prioritäts-Obligationen Lit. E. der

Oberschlesischen Eisenbahn.

Nr. 4873 über 100 Thlr.

" 10184 " 100 "

" 11537 " 100 "

" 14599 " 100 "

V. Konsolidirte 4-prozentige Staatsanleihe:

von 1876/79.

Lit. C. Nr. 422 über 1000 Ml.

" C. " 29650 " 1000 "

" C. " 38042 " 1000 "

" C. " 38043 " 1000 "

" C. " 33074 " 1000 "

" D. " 33048 " 500 "

" D. " 38089 " 500 "

" D. " 44909 " 500 "

" D. " 61088 " 500 "

" E. " 85235 " 300 "

" E. " 38420 " 300 "

" F. " 21901 " 200 "

" F. " 21902 " 200 "

" F. " 21903 " 200 "

" F. " 22635 " 200 "

" F. " 38025 " 200 "

" F. " 49042 " 200 "

" F. " 49043 " 200 "

" F. " 49044 " 200 "

" F. " 51927 " 200 "

Lit. F. " 73827 " 200 "

" F. " 73828 " 200 "

von 1881.

Lit. B. Nr. 132304 über 2000 Ml.

" G. " 170284 " 1000 "

" D. " 221905 " 500 "

von 1882.

Lit. C. Nr. 276380 über 1000 Ml.

" C. " 282824 " 1000 "

" C. " 282825 " 1000 "

" C. " 811967 " 1000 "

" C. " 315857 " 1000 "

" C. " 815869 " 1000 "

" C. " 853187 " 1000 "

von 1883.

Lit. C. Nr. 421097 über 1000 Ml.

" C. " 421098 " 1000 "

" C. " 421099 " 1000 "

" C. " 421103 " 1000 "

" C. " 421114 " 1000 "

" D. " 409780 " 500 "

" D. " 435417 " 500 "

" D. " 435432 " 500 "

noch V. Konsolidirte 4-prozentige Staatsanleihe:

von 1884.

Lit. H. Nr. 108868 über 150 Ml.

von 1885.

Lit. E. Nr. 1115099 über 300 Ml.

VI. Konsolidirte 3 1/2-prozentige Staatsanleihe:

von 1885.

Lit. C. Nr. 24167 über 1000 Ml.

von 1887. 1888.

Lit. C. Nr. 149957 über 1000 Ml.

" C. " 149958 " 1000 "

VII. 4-prozentige Reichsanleihe:

von 1877.

Lit. E. Nr. 18402 über 200 Ml.

von 1879.

Lit. D. Nr. 11356 über 500 Ml.

von 1880.

Lit. D. Nr. 6689 über 500 Ml.

" D. " 8145 " 500 "

von 1881.

Lit. B. Nr. 5866 über 2000 Ml.

" E. " 3847 " 200 "

" E. " 5837 " 200 "

von 1884.

Lit. B. Nr. 1881 über 2000 Ml.

" D. " 2202 " 500 "

VIII. 3 1/2-prozentige Reichsanleihe von 1885.

Lit. B. Nr. 1414 über 2000 Ml.

Berlin, den 2. April 1895.

L. S.

Königlich Preussische Kontrolle der Staatspapiere.

Cramer. Lorenz. Rammow.

Bekanntmachungen des Herrn Ober-

Präsidenten.

392. Nachdem durch Allerhöchsten Erlaß vom 26ten

Februar d. Js. genehmigt worden ist, daß vom 1sten

Mat 1895 ab die im Kreise Kreuzburg OS. gelegenen Landgemeinden Benjaminsthal und Göttersdorf zu einem Gemeindebezirk unter dem Namen „Göttersdorf“ vereinigt werden, wird hiermit bekannt gemacht,

daß vom gedachten Zeitpunkt ab die Gemeinde Benjaminsthal aus dem Standesamtsbezirk Schmidt ausgeschiedet und als nunmehriger Bestandtheil der Gemeinde Göttersdorf zum Standesamtsbezirk Göttersdorf-Glauchitz zugehörig ist.

Breslau, den 13. April 1895.

Der Ober-Präsident.

geg. Kück von Hapsfeldt.

Bekanntmachungen der Königl. Regierung.

386. Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 25ten März cr. zu genehmigen geruht, daß der selbstständige Gutsbezirk Nieder-Schwirlan im Kreise Rybnitz mit dem Gemeindebezirk Nieder-Schwirlan in demselben Kreise vereinigt werde.

Die Vereinigung tritt am 1sten Juni 1895 in Kraft.

Oppeln, den 27. April 1895.

Der Regierungs-Präsident.

von Bitter.

395. Durch die Bekanntmachung vom 26ten August 1890 (Extrablatt zu Stück 34 des Amtsblatts) ist die Einfuhr von lebenden Schweinen aus dem freien Verkehr Oesterreich-Ungarns in die öffentlichen Schlachthäuser zu Beuthen OS., Gleiwitz, Myslowitz, Oppeln, Ratibor und Rybnitz ausnahmsweise gestattet und durch die Bekanntmachung vom 23ten November 1891 (Amtsblatt Seite 304) die gleiche Genehmigung für das Schlachthaus zu Larnowitz unter Beschränkung der Einfuhr über Szegedoma erteilt worden. Mit Rücksicht auf die in letzter Zeit vorgekommenen Fälle der Einschleppung der Maul- und Klauenseuche aus Oesterreich-Ungarn werden die vorbezeichneten Genehmigungen hiermit aufgehoben.

Oppeln, den 30. April 1895.

Der Regierungs-Präsident.

von Bitter.

396. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der im der Stadt West auf Dienstag den 7ten Mai dieses Jahres anbetonte Dienstag erst

Dienstag den 21sten Mai dieses Jahres stattfinden wird.

Oppeln, den 1. Mai 1895.

Der Regierungs-Präsident. J. V. Hagedorn.

397. Zur Herstellung und zum Betriebe einer Kleinbahn von Rastow nach Groß-Peteritz für die Beförderung von Personen und Gütern mittelst Dampfkraft wird der

Allgemeinen Deutschen Kleinbahngesellschaft Aktien-gesellschaft zu Berlin auf Grund des Gesetzes vom 28ten Juli 1892 im Einvernehmen mit der Königl. Eisenbahn-Direktion zu Rastowitz unter dem Vorbehalte der Rechte Dritter,

sowie der Ergänzung und Abänderung durch Feststellung des Bauplanes auf die Dauer von 99 Jahren unter nachstehenden Bedingungen hierdurch die Genehmigung erteilt:

1) Die Bahn und die Betriebsmittel sind nach Maßgabe der von der Unternehmerin vorgelegten, mit dem Genehmigungsvermerke versehenen Pläne, Zeichnungen und Beschreibungen, speziell der Lage- und Höhenpläne, der Zeichnung des Oberbaues, sowie der noch der Genehmigung bedürfenden Spezialzeichnungen und Erläuterungen für die einzelnen Bauobjekte und Betriebsmittel der Bahn unter Beachtung der hierbei etwa vorgenommenen beziehungsweise noch vorzunehmenden Änderungen herzustellen.

Speziell bleibt die Genehmigung der zu wählenden Triebmaschinen mit der Maßgabe vorbehalten, daß die Bedienung der Lokomotive dann auf den Lokomotivführer allein beschränkt bleiben kann, wenn die Lokomotive entsprechend eingerichtet und der Uebertritt eines Zugbegleiters von dem Zuge auf die Lokomotive, während der Fahrt, sowohl bei der Fahrt mit dem Schornstein voran als auch mit dem Führerstand voran ermöglich ist. Der Zugbegleiter muß in diesem Falle vorstehen, die Lokomotive zum Stillstand zu bringen. Was den Oberbau betrifft, so darf für den in den Projektzeichnungen dargestellten Oberbau der zulässige größte Radbruch der auf der Bahn verkehrenden Betriebsmittel nicht mehr als 5500 kg betragen.

Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde kann ein größerer Radbruch zugelassen werden, wenn vorher der Oberbau entsprechend verhärtet worden ist.

Zu allen späteren Ergänzungen der Bahnanlage und der Betriebsmittel bedarf es der Zustimmung der Genehmigungsbehörde.

Die konzessionsmäßige Vollendung der Bahn muß längstens binnen zwei Jahren nach Zustellung des Planfeststellungsbeschlusses (§ 17 des Gesetzes vom 28ten Juli 1892 und die Inbetriebnahme längstens binnen 4 Wochen nach erteilter Genehmigung zur Betriebseröffnung § 19 desselben Gesetzes) erfolgen.

Für den Fall, daß Unternehmerin diesen Verpflichtungen nicht nachkommen sollte, ist dieselbe zur Zahlung einer Konventionalstrafe von 15000 Mark mit der Maßgabe verpflichtet, daß die Entscheidung darüber, ob und zu welchem Betrage diese Strafe als verfallen anzusehen ist unter Ausschluß des Rechtsweges durch die Genehmigungsbehörde erfolgt.

Zur Sicherstellung dieser Verpflichtung dient die von der Unternehmerin bei der Königl. Eisenbahn-Direktion bereits bestellte Kaution im Betrage von 15000 Mark mit der Maßgabe, daß der unentgeltlichen Behörde die Befugniß zusteht, durch Veräußerung der verpfändeten Wertpapiere zum jeweiligen Vorkusse die verfallenen Strafbeträge einzuziehen. Wenn nach ihrem Urtheile die Inangriffnahme oder die Fortführung des Baues verzögert wird, so ist die Genehmigungsbehörde befugt, die falligen Zinsforderungen einzubehalten.

2. Bei der Ausführung des Baues hat die Unternehmerin dafür zu sorgen, daß die Benützung der öffentlichen Wege durch die Bauarbeiten nicht verhindert wird. Die in dieser Richtung erforderlichen polizeilichen Anordnungen bleiben vorbehalten.

3. Es bleibt ferner vorbehalten der Unternehmerin jeder Zeit die Gestattung der Einführung von Privatanschlußbahnen nach Maßgabe des § 10 des Gesetzes vom 28ten Juli 1892 zur Pflicht zu machen.

4. Unternehmerin ist gehalten, die Bahn für die Dauer der Genehmigung ordnungsmäßig zu betreiben. Zu diesem Zwecke ist die Bahn nebst den Betriebsmitteln fortwährend dem jeweiligen Verkehrsbedürfnis entsprechend auszurüsten und in einem solchen Zustande zu erhalten, daß dieselbe mit der in Nr. 8 festgesetzten größten Geschwindigkeit befahren werden kann.

Für den Fall, daß der Betrieb ohne genügenden Grund unterbrochen oder eingestellt werden sollte, ist die Unternehmerin zur Zahlung einer Konventionalstrafe von 15 000 Mk. mit der Maßgabe verpflichtet, daß die Entscheidung darüber, ob und bis zu welchem Betrage dieselbe als verfallen anzusehen ist unter Ausschluß des Rechtsweges durch die Genehmigungsbehörde erfolgt.

Auch für diese Verpflichtung haftet die nach Ziffer 1 bestellte Raution nach Maßgabe der daselbst getroffenen näheren Bestimmungen. Sofern die Raution während der Dauer der Genehmigung zur Leistung von Konventionalstrafen in Anspruch genommen werden sollte, ist dieselbe von der Unternehmerin wieder bis zu der ursprünglichen Höhe zu ergänzen.

5. Die mit der Leitung der Bau- und Betriebsverwaltung betrauten Personen sind der Genehmigungsbehörde anzuzeigen. Ebenso ist derselben von einer hierin eintretenden Aenderung Kenntniß zu geben.

6. Alle im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Personen müssen diejenigen körperlichen und geistigen Fähigkeiten und diejenige Zuverlässigkeit besitzen, welche ihre Berufspflicht erfordert.

Im einzelnen bestimmt die eisenbahntechnische Aufsichtsbehörde, welchen Anforderungen die betreffenden Angestellten (Lokomotivführer, Feiger, Zugführer, Schaffner, Bahnwärter pp.) genügen müssen, um zur Verwendung im äußeren Betriebsdienste zugelassen zu werden.

Ueber alle im äußeren Betriebsdienste beschäftigten Personen sind Nachweisungen zu führen, welche über ihr Alter, ihre etwaigen gerichtlichen und disciplinaren Bestrafungen und über sonstige für die Beschäftigung und Zuverlässigkeit für ihren Dienst erheblichen Umstände Auskunft geben müssen.

Auf Erfordern sind diese Nachweisungen der Aufsichtsbehörde vorzulegen.

Angestellte, welche sich nach Entscheidung der eisenbahntechnischen Aufsichtsbehörde als unfähig oder unzuverlässig für ihren Beruf erwiesen haben, sind auf Erfordern der Genehmigungsbehörde aus ihrem Dienste abzulassen.

Bei den seitens des Betriebsunternehmens mit den

angestellten abzuschließenden Anstellungsverträgen ist dieser Punkt besonders vorzusehen.

7. Die mit dem Publikum in Beziehung tretenden Angestellten müssen bei Ausübung ihres Dienstes durch Dienstkleidung oder sonstige gleichmäßige Abzeichen kenntlich sein. Im einzelnen bedürfen die zu wählenden Dienstkleidungen beziehungsweise Dienstabzeichen der Genehmigung der unterzeichneten Behörde.

8. Die Geschwindigkeit der Fahrten darf 20 km in der Stunde an keiner Stelle der Bahn übersteigen. Der Fahrplan unterliegt der Festsetzung durch die Genehmigungsbehörde.

9. Die Festsetzung der Beförderungspreise steht der Unternehmerin für die ersten fünf Jahre nach der Betriebseröffnung zu.

Von einer jeden Festsetzung und von einer jeden Aenderung der Beförderungspreise, sowie von den allgemeinen Anordnungen hinsichtlich der Beförderungsbedingungen ist der Genehmigungsbehörde vorher Anzeige zu erstatten.

10. Die Fahrpläne für den Personenverkehr und die Beförderungspreise für den Personen- und Güterverkehr sind mindestens 3 Tage, spätere Erhöhungen der Beförderungspreise aber mindestens 14 Tage vor ihrer Einführung durch das Ratibor'er und Brobschütz'er Kreisblatt, den Oberschlesischen Anzeiger und die Schlesische Zeitung bekannt zu machen und der Genehmigungsbehörde Beilageblätter einzureichen. Im übrigen müssen Fahrpläne und Beförderungspreise an den für Abfertigung von Personen und Gütern bestimmten Stellen angehängt sein.

11. Für die Abnahmeprüfung und die wiederkehrenden Untersuchungen der Lokomotiven durch die eisenbahntechnische Aufsichtsbehörde ist der §. 11 der Bahnordnung für die Nebenbahnen Deutschlands vom 5ten Juli 1892 (N.-G.-Bl. S. 764 ff.) und insoweit diese Vorschriften in der Folge eine Aenderung erfahren sollte, die an ihre Stelle tretende Bestimmung maßgebend.

12. Es bleibt vorbehalten, für den Bahnbetrieb weitere Bestimmungen, die sich als notwendig ergeben, noch nachträglich zu treffen.

13. Ueber das in dieser Genehmigungsbezeichnete Unternehmen ist dergestalt gesondert Rechnung zu führen, daß daraus das auf die Herstellung und Ausrüstung der Bahn verwendete Baukapital und der jährliche Reinertrag des Unternehmens, sowie die jährlich gezahlte Dividende mit Sicherheit ersehen werden kann. Diese Rechnungen sind der Aufsichtsbehörde auf Erfordern einzureichen, desgleichen die Unterlagen der Rechnungen.

14. Der Kaiserlichen Postverwaltung bleibt vorbehalten die Kleinbahn in dem durch § 43 des Gesetzes über Kleinbahnen vom 28ten Juli 1892 gewährleisteten Maße je nach Bedarf und nach eigener Auswahl zur Beförderung von Postsendungen zu benutzen.

15. Den mit der Ausübung des staatlichen Aufsichtsrechtes betrauten Staatsbahnbeamten steht das Recht der freien Fahrt auf der Kleinbahnstrecke zu.

16. Die Uebertragung der aus der Genehmigung sich ergebenden Rechte und Pflichten der Unternehmerin an eine andere physische oder juristische Person kann nur mit Genehmigung der unterzeichneten Behörde erfolgen.

Oppeln, den 21. April 1895.

(L. S.)

Der Regierungs-Präsident.

J. B. gei. Hüpeden.

Genehmigungsurkunde für die Kleinbahn Rasther—

Groß-Peterwitz.

Lc. III. 503.

380. Dem Königl. Kreis-Schulinspektor Dr. Mikulla in Königsbütte ist die Lokalschulinspektion über die katholische Schule in Morgenroth und die katholische Schule II in Ober-Heibul, Kreis Deutsch. O.S., übertragen worden.

Oppeln, den 20. April 1895.

381. Dem Königl. Kreis-Schulinspektor, Schulrath Elsner in Leobschütz ist die Lokalschulinspektion über die katholische Schule in Soppau übertragen worden.

Oppeln, den 25. April 1895.

387. Mit Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ist zur Förderung eines baldigen Kirchenbaues eine katholische Kapellengemeinde zu Gogolin errichtet worden, welche — ohne Aenderung des Pfarrverbandes mit Ottmuth — die katholischen Bewohner der Ortschaft Gogolin umfaßt.

Oppeln, den 27. April 1895.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

361. Bekanntmachung.

betreffend das Verzeichniß der Rückfahrkarten mit Gutscheinen zum Anschlusse an die in Berlin zur Ausgabe gelangenden Rundreise- und Sommerkarten.

Vom 1sten Mai bis einschließl. 30ten September d. Js. werden **Rückfahrkarten mit Gutscheinen nach Berlin** zum Anschlusse an die dabei zum Verkauf stehenden festen Rundreisekarten, Sommer- und Anschluß-Rückfahrkarten mit Gutscheinen wie folgt ausgegeben werden:

I. Nach Berlin Stadtbahn:

Von Allenstein, Braunsberg, Bromberg, Gersdorf, Danzig, Ige und hohe Thor, Dt. Eylau, Dirschau, Elbing, Gnesen, Graudenz, Insterburg, Jablonowo, Königsberg i. Pr., Ostbhf., Königs. Roschen, Kreuz, Landsberg a. W., Paschwitz, Marienburg, Marienwerder, Memel, Neustettin, Osterode i. Opre., Preuß. Stargard, Schneidemühl, Thorn Hauptbhf., Thorn Stadt und Elst mit 60 tägiger Gültigkeitsdauer.

Von Deutsch. O.S. und R.-O.-U. Bhf., Breslau O.S. oder Markt. oder Oberth. oder Freib. Bhf., Priea, Runglau, Cottbus, Gletwitz, Glogau, Görlitz, Guben, Kattowitz, Königszell, Kreuzburg O.S. Bhf., Liegnitz, Lissa i. P., Meise, Oels, Oppeln, Posen, Ratibor,

Sagan, Schweidnitz, Spremberg, Tarnowitz und Balzenburg i. Schl. mit 45 tägiger Gültigkeitsdauer.

II. Nach Berlin Stettiner Bahnhof:

Von Belgard, Böslin, Golberg, Ruhnow, Schivelbein, Schlawa, Stargard i. Pomm. und Stolp mit 60 tägiger und von Anklam, Greifswald, Pasewalk, Prenzlau, Stettin und Stralsund mit 45 tägiger Gültigkeitsdauer.

III. Nach Berlin Anhaltischer Bahnhof:

Von Chemnitz, Dresden Friedrichstadt, Altschadt und Neustadt und von Leipzig (Bayer. Bhf.) mit 45 tägiger Gültigkeitsdauer.

Im Anschlusse an **Rundreisehefte nach Italien** werden die Rückfahrkarten mit 60 tägiger Gültigkeitsdauer während des ganzen Jahres verkauft.

Ermäßigung für Kinder, Gepäckfreigewicht und Zulassung von Fahrkarten beim Uebergange in höhere Wagenklassen wie im gewöhnlichen Verkehre. Bei D.-Zügen tarifmäßige Platzgebühr.

Bestellungen von Rückfahrkarten mit Gutscheinen werden durch umgehende Zusendung derselben mit der Post auf Gefahr und Kosten der Besteller ausgeführt, wenn gleichzeitig mit der Bestellung der Betrag für die Rückfahrkarten und Gutscheine gebührenfrei der Fahrkarten-Ausgabestelle zugesandt wird. Rückfahrkarten und Gutscheine werden in solchem Falle mit dem Datum des Tages der Absendung abgestempelt und gilt dieser als der Ansonsttag der Gültigkeitsdauer.

Verzeichnisse, aus denen das Nähere zu ersehen ist, können vom 1ten Mai d. Js. ab zum Preise von 10 Pfennig für das Stück durch Vermittelung durch Fahrkarten-Ausgabestellen bezogen werden und werden den Käufern der Rückfahrkarten mit Gutscheinen ohne besondere Bezahlung verabfolgt.

Näheres ist bei den Fahrkarten-Ausgabestellen zu erfahren.

Berlin, Breslau, Bromberg, Danzig, Kattowitz, Königsberg i. Pr., Posen und Stettin,

den 18. April 1895.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

376. Soeben erschien das **Ostdeutsche Eisenbahn-Kursbuch** vom 1sten Mai 1895 enthaltend die Sommer-Fahrpläne der Eisenbahnstrecken östlich der Linie Stralsund—Berlin—Dresden, sowie Auszüge der Fahrpläne der anschließenden Bahnen von Mittel-Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Rußland, auch Post- und Dampfschiffsverbindungen, Angaben über Fahrtscheine u. s. w.

Das Kursbuch ist auf allen Stationen des vorbezeichneten Bezirks von den Fahrkarten-Ausgabestellen von den Bahnhofsbuchhändlern sowie im Buchhandel

zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Bromberg, den 25. April 1895.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

391. Am 1ten Mai 1895 tritt in dem zum Landbestellbezirke der Kaiserlichen Postagentur in Rühlschmalz gehörigen Orte Seiffersdorf (Kreis Grottkau)

eine Postagentur in Wirksamkeit, welche für den Verkehr mit dem Publikum regelmäßig an Werktagen

von 9 bis 12 Uhr Vormittags
von 3 bis 6 Nachmittags

an Sonn- und an allgemeinen Feiertagen, sowie am Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers:

von 8 bis 9 Uhr Vormittags
von 5 bis 6 Nachmittags

geöffnet sein wird.

Die neue Postagentur erhält ihre Verbindung durch eine werktäglich zweimal, sonntäglich einmal nach dem Rößhals und Seifersdorf (Kreis Grottkau) verkehrende Postenpost mit unbeschränkter Beförderung von Poststücken.

Dem Landbesitzbezirk der Postagentur in Seifersdorf (Kreis Grottkau) werden folgende Orte zugetheilt: Rößhals, D.,

Oberförsterei,

Formwert und Schwellich, D.

Oppeln, den 29. April 1895.

Der kaiserliche Ober-Postdirektor.

Holsfeld.

Ausbruch und Erlöschen von Viehseuchen.

Maulseuche.

394. Unter dem Rindviehbestande des Aderbürgers Johann Epira auf dem Grundstücke Hopfbergerstraße Nr. 7 hier selbst ist der Ausbruch der

Maulseuche

thierärztlich festgestellt worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht wird.

Beuthen OS., den 26. April 1895.

Die Polizei-Verwaltung.

Klauenseuche.

390. Unter dem Schwarzeviehbestande des Hausbesizers Joseph Piskuski und des Steinbrechers Paul Szepczyk zu Michalkowitz ist die Klauenseuche ausgebrochen.

Michalkowitz, den 27. April 1895.

Der Amtsvorsteher.

Rothlaus.

388. Unter dem Schwarzeviehbestande des herrschaftlichen Stellmachers Anton Schmann zu Groß-Palschin ist die Rothlaus-Krankheit ausgebrochen.

Schloß-Los, den 29. April 1895.

Der Amtsvorsteher.

Schweineseuche.

375. Bei einem Schweine des Händlers Paul Drzol zu Sobatka ist durch den königlichen Kreisveterinärarzt die Schweineseuche festgestellt worden.

Dorotheendorf, den 25. April 1895.

Der Amtsvorsteher. Frietsch.

389. Unter den Schweinen des Dominik Stübendorf ist die Schweineseuche ausgebrochen.

Reisse, den 27. April 1895.

Der Landrath. gez. Freiherr von Scherr-Thopf. Tolkwuth.

382. Gestern Abend ist in dem Gehöft auf einem Grundstücke an der Königsbutter-Chaussee hier selbst ein Hund, welcher frei umher gelaufen, getödtet und nach dem Gutachten des beamteten Veterinärarztes der Tolkwuth verdächtig befunden worden.

Auf Grund des §. 88 des Reichs-Gesetzes vom 28ten Juni 1880 wird daher auf einen Zeitraum von 3 Monaten d. i. bis zum 25ten Juli dieses Jahres die Festlegung sämmtlicher in dem gefährdeten Bezirke des Stadtkreises Beuthen OS., — mit Aufschluß des Stadtheils Beuthener-Schwarzwalz — vorhandenen Hunde hiermit angeordnet.

Beuthen OS., den 26. April 1895.

Die Polizei-Verwaltung.

Personal-Chronik.

377. Ernann: Der bisherige Seminarlehrer Stein zum Kreisschulinspektor für den Inspektionsbezirk Weiskreischa und der früherer Gerichts-Referendar, Graf von Strachwitz-Lamieritz zum Regierungs-Referendar.

Verliehen: dem Eisenbahn-Bauinspektor Adams zu Köln die Kreis-Bauinspektorstelle zu Cosel.

Beauftragt: der Regierungs-Baumeister Wehe mit der Verwaltung der Kreisbauinspektion Cosel für die Zeit der gegenwärtigen Erkrankung des Kreisbauinspektors daselbst.

Angenommen: die früheren Bureaugehilfen Dinkel und Anders als Steuer-Supernumerare bei dem Vorsitzenden der Einkommensteuer-Berathungskommission in Beuthen OS.

Ertheilt: dem Candidaten der evangelischen Theologie Friedrich zu Sacrau, Kreis Groß-Streblich, die Genehmigung zur Bekleidung einer Hauslehrerstelle im Regierungs-Bezirk Oppeln.

Bestätigt: die Berufungsurkunde des Lehrers Blauth zu Gagnth-Los, Kreis Gleiwitz.

Pensionirt: der Titular-Regementler Keller zu Forsthaus Rint in der Oberförsterei Poppelau auf seinen Antrag vom 1sten Juli dieses Jahres ab.